

## Armut steigt in den Städten

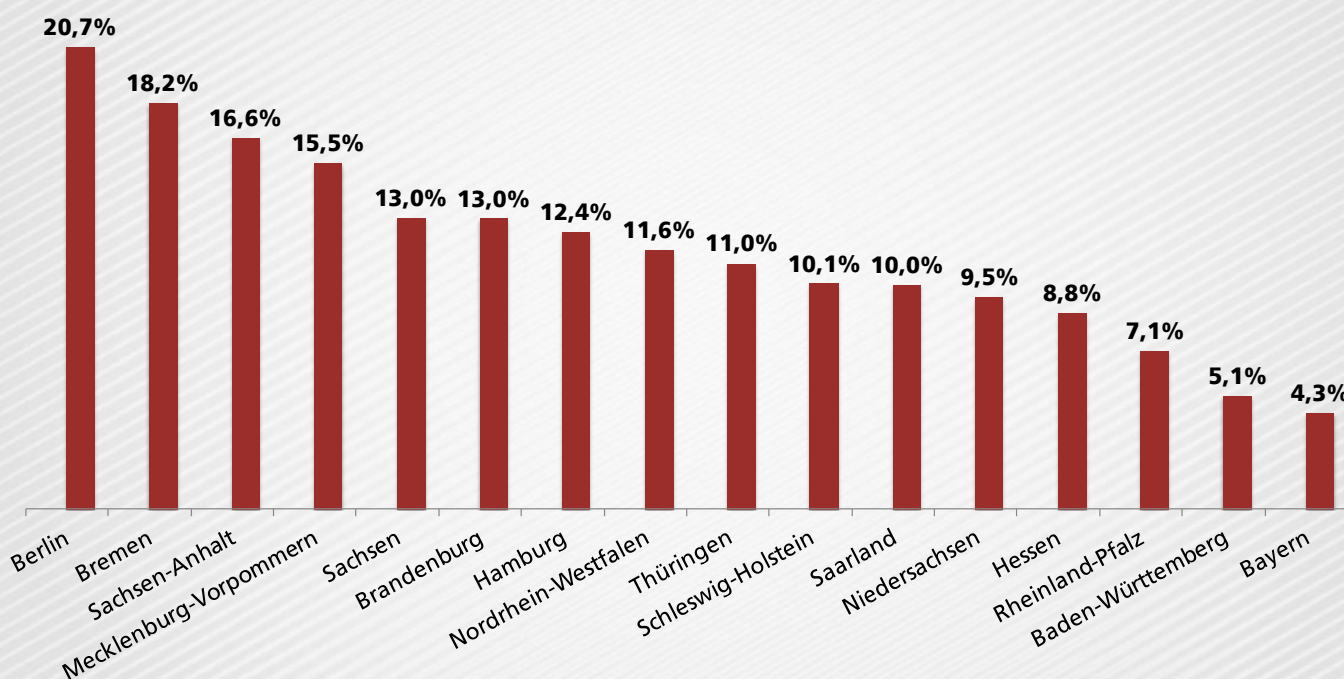
In den Städten Deutschlands sind 22 Prozent der Menschen arm oder armutsgefährdet. 2006 bis 2012 ist dieser Anteil um 2,5 Prozentpunkte gestiegen. In ländlichen Regionen sind es 14 Prozent. Hier betrug der Anstieg „nur“ einen halben Prozentpunkt. Besonders betroffen sind Erwerbslose. Die Zahlen berücksichtigen, dass Leben in den Städten teurer ist, vor allem die Mieten. So eine Studie des arbeitgeberfinanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Die Lage muss sofort verbessert werden. Deshalb müssen die Hartz IV-Sätze kräftig erhöht werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert 447 statt 391 Euro im Monat (plus Wohnkosten). Das wäre das Mindeste. Davon will das IW allerdings nichts wissen.

Stattdessen fordert es einen niedrigeren Mindestlohn im Osten als im Westen, weil die Kaufkraft dort niedriger sei. Damit würde der Lohnrückstand zementiert – 25 Jahre nach der Einheit! Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland müssen das Ziel sein. Wie es das Grundgesetz vorgibt. Deshalb ist ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn richtig. Er muss möglichst schnell auf zehn Euro steigen.

Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit dürfen wir nicht allein lassen. Sie brauchen mehr Geld von Bund und Ländern um Armut zu bekämpfen. Die finanzschwächeren Länder müssen von den stärkeren unterstützt werden. Wir brauchen deshalb weiter einen starken und solidarischen Länderfinanzausgleich.

### Anteil der Hartz IV-Hilfebedürftigen an der Bevölkerung



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Daten für April 2014